

759 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates (V. G. P.).**Regierungsvorlage.****Bundesgesetz vom
betreffend die Regelung des Dentistenberufes
(Dentistengesetz).**

Der Nationalrat hat beschlossen:

I. Abschnitt.**Allgemeine Bestimmungen.**

§ 1. (1) Die Dentistik bildet einen Teil der Zahnheilkunde und ist wie diese von den Bestimmungen der Gewerbeordnung ausgenommen;

(2) Zahnärzte und Dentisten sind mit Beschränkung auf den Kreis der in ihrer Behandlung stehenden Personen befugt

a) zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Ausführung von technisch-mechanischen Arbeiten zwecks Ausbesserung solcher Zahnersatzstücke;

b) zur Erzeugung von künstlichen Zähnen und sonstigen Bestandteilen von Zahnersatzstücken.

(3) Im übrigen bleiben diese Tätigkeiten — gewerbsmäßig ausgeübt — den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterworfen.

§ 2. Der Dentistenberuf schließt neben den im § 1, Abs. (2), umschriebenen Befugnissen noch nachstehende Tätigkeiten in sich:

a) die Entfernung der Zahnsteinauflagerungen, das Reinigen der Zähne, das Abschleifen der Zähne und Wurzeln, das Abdrucknehmen zum Zwecke der Herstellung von Plattenzahnersatzstücken, Gebissen, Kronen und Brücken, dann das Anpassen von Zahnersatzstücken und Gebissen; das Einsetzen künstlicher Zähne, Kronen, Brücken und Gebisse sowie die Anwendung von Regulierapparaten und das Füllen (Plombieren) der Zähne und Wurzeln mit Einschluß der Wurzelbehandlung;

b) Die Behandlung von Zahnkrankheiten, die Entfernung von Zähnen und Wurzeln unter Anwendung der lokalen und der Leitungsanästhesie sowie die Anwendung von

Röntgenstrahlen zu diagnostischen Zwecken. Diese Tätigkeiten dürfen auf die Behandlung von Mund- und Kieferkrankheiten, auf andere als die im ersten Satz erwähnten blutigen Eingriffe auf die Vornahme der allgemeinen Narkose oder auf die Abgabe von Röntgenbefunden nicht ausgedehnt werden;

c) die Anwendung von Arzneimitteln, die an die ärztliche Verschreibung gebunden sind, soweit sie zur Ausführung der in lit. b angeführten Arbeiten notwendig sind; und die Berechtigung, solche Arzneien auf Grund eigener Verschreibung aus einer öffentlichen Apotheke zu beziehen.

**Voraussetzungen der selbständigen
Berufsausübung.**

§ 3. (1) Zur selbständigen Ausübung des Dentistenberufes sind nur österreichische Staatsbürger berechtigt, die

a) am Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Besitze einer Befugnis zur Ausübung der Zahntechnik nach dem Gesetz vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 326, in der Fassung der Gesetze vom 1. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 470, und vom 15. April 1921, B. G. Bl. Nr. 255 (Zahntechnikergesetz), sind oder

b) am Tage des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Besitze eines Ausweises über ihre Anerkennung als Dentist nach den Ausführungsbestimmungen zu § 123 der Reichsversicherungsordnung sind und eine Niederlassungsbewilligung erhalten haben,

c) eine Genehmigung zur Niederlassung als selbständiger Dentist nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes erlangt.

(2) Die in Abs. (1), lit. a, genannten Personen, welche die im § 5, Abs. (2), des Zahntechnikergesetzes, in der Fassung des Artikels I des Bundesgesetzes vom 15. April 1921, B. G. Bl. Nr. 255, vorgeschriebene praktische Prüfung noch nicht mit Erfolg abgelegt haben, haben diese Prüfung

innen einem Jahr nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vor dem staatlichen Prüfungsausschuß für Dentisten abzulegen, widrigenfalls ihre Berechtigung zur selbständigen Ausübung des Dentistenberufes erlischt.

§ 4. (1) Die Genehmigung zur Niederlassung als selbständiger Dentist darf — abgesehen von den Erfordernissen des § 6, Abs. (3) — nur Personen erteilt werden, die

- a) österreichische Staatsbürger sind,
- b) die zur Ausübung des Dentistenberufes nötige Verlässlichkeit besitzen,
- c) nicht wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche oder gewohnheitsmäßigen Mißbrauches von Alkohol oder Nervengiften voll oder beschränkt entmündigt sind oder nicht die körperliche Eignung für die Ausübung ihres Berufes besitzen. Die körperliche Eignung ist durch ein amtsärztliches Zeugnis nachzuweisen, das nicht älter als vier Wochen sein darf,
- d) die staatliche Dentistenprüfung mit Erfolg abgelegt haben und im Anschluß daran durch ein Jahr als Dentistenassistenten tätig gewesen sind.

(2) Eine Genehmigung, die entgegen den Vorschriften des Abs. (1) erteilt wurde, leidet an einem mit Nichtigkeit bedrohten Fehler.

§ 5. (1) Zur Ablegung der staatlichen Dentistenprüfung können in Zukunft nur mehr Personen zugelassen werden, die den in § 4 unter lit. a bis c angeführten Bedingungen entsprechen und nach den geltenden Vorschriften

1. vor dem 1. Jänner 1948 bei einem selbständigen Dentisten ihre Ausbildung begonnen haben, sodann durch drei Jahre fortgesetzt und im Anschluß daran im Lehrinstitut für Dentisten in Wien einen Kurs für die theoretische Berufsausbildung in der Mindestdauer von drei Monaten zur Vorbereitung auf die Dentistenassistentenprüfung zurückgelegt haben (Dentistenpraktikanten);

2. die Technikerassistentenprüfung im Anschluß an die unter Z. 1 genannte Ausbildung mit Erfolg abgelegt haben, durch mindestens zwei Jahre bei einem selbständigen Dentisten tätig gewesen sind und eine weitere theoretische und praktische Ausbildung durch ein Jahr am Lehrinstitut für Dentisten erfahren haben (Technikerassistenten).

(2) Der im Abs. (1), Z. 1, angeführten dreijährigen praktischen Berufsausbildung ist eine Tätigkeit gleichzuhalten, die von Personen durch mindestens drei Jahre zur Besorgung technisch-mechanischer Arbeiten außerhalb des menschlichen Mundes bei einem zur Ausübung der zahnärztlichen Praxis berechtigten Arzte vor dem 1. Jänner 1942 oder bei einem selbständigen Dentisten

vor dem 1. Jänner 1948 berufsmäßig ausgeführt worden ist.

(3) Das Bundesministerium für soziale Verwaltung kann auf Antrag des Landeshauptmannes (Bürgermeister der Stadt Wien) österreichischen Staatsbürgern, die nach den bisher in Geltung gestandenen Vorschriften als Dentisten anerkannt sind, aber noch keine Niederlassungsbewilligung erlangt haben, behufs Erlangung der Niederlassungsbewilligung Nachsicht vom Erfordernis der staatlichen Dentistenprüfung und des Pflichtassistentenjahres (§ 4, lit. d) erteilen, ferner vom Erfordernis der zweijährigen Tätigkeit als Technikerassistent [Abs. (1), Z. 2] absehen, sowie Personen, die ihre Tätigkeit zur Besorgung technisch-mechanischer Arbeiten bei einem zur zahnärztlichen Praxis berechtigten Arzt oder Dentisten (befugten Zahntechniker) vor dem 1. Jänner 1930 begonnen und durch mindestens sieben Jahre fortgesetzt haben, zum Besuche des Lehrinstituts für Dentisten in Wien und anschließend zur staatlichen Dentistenprüfung zulassen. Diese Personen sind vom Nachweis der Ableistung des Dentisten-Assistentenjahres nach der erfolgreich abgelegten staatlichen Dentistenprüfung befreit. Das Ansuchen um diese Begünstigungen ist binnen einem Jahre nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes zu stellen.

Berufsbezeichnung.

§ 6. (1) Die zur selbständigen Berufsausübung berechtigten Dentisten haben sich bei Ausübung ihres Berufes ausschließlich der Berufsbezeichnung „Dentist“ in Wort und Schrift ungekürzt und ohne irreführende Zusätze zu bedienen. Die Führung anderer Titel ist verboten.

(2) Den Dentisten ist jede marktschreierische Anpreisung sowie das Aufsuchen von Kunden unmittelbar oder durch Mittelspersonen verboten.

(3) Die Dentisten haben ihren Beruf persönlich auszuüben und dürfen nur in berücksichtigungswürdigen Fällen mit Bewilligung des Landeshauptmannes einen einzigen Stellvertreter bestellen. Der Stellvertreter muß den im § 3 und 4 angeführten Bedingungen entsprechen.

(4) Dentisten dürfen nur eine Betriebsstätte führen.

Genehmigung zur Niederlassung.

§ 7. (1) Die Genehmigung zur Niederlassung als selbständiger Dentist wird vom Landeshauptmann, in dessen Verwaltungsgebiet die beabsichtigte Betriebsstätte liegt, erteilt.

(2) Der Landeshauptmann hat vor Entscheidung über das Ansuchen um eine solche Genehmigung unter Bestimmung einer zweiwöchigen Frist ein Gutachten des Österreichischen Dentistenverbandes und der zuständigen Ärztekammer über die Verlässlichkeit des Bewerbers einzuholen.

(3) Die Genehmigung ist zu versagen, wenn der Bewerber den im § 4 angeführten Bedingungen nicht entspricht, er nicht über eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Betriebsstätte verfügt und nach dem Gutachten des Österreichischen Dentistenverbandes im allgemeinen oder im näheren Umkreise des in Aussicht genommenen Standortes durch die Eröffnung des Betriebes die Wettbewerbsverhältnisse in wirtschaftlich ungesunder Weise beeinflussen würden.

(4) Die Genehmigung hat auch den Niederlassungsort zu bezeichnen. In Städten mit Bezirkseinteilung gilt der Verwaltungsbezirk als Niederlassungsort. Nach Rechtskraft der Genehmigung stellt der Landeshauptmann dem Dentisten einen Ausweis über die Genehmigung zur Niederlassung aus.

(5) Die Bestimmungen der Abs. (1) bis (4) sind im Falle der Verlegung der beruflichen Tätigkeit außerhalb des bisherigen Niederlassungsortes sinngemäß anzuwenden [Genehmigungspflicht, Bedarfsprüfung im Sinne des Abs. (3), Eignungsprüfung der Betriebsstätte, Ausweis]. Auch die Verlegung innerhalb des bisherigen Niederlassungsortes bedarf der Genehmigung, die nur dann zu erteilen ist, wenn die neue Betriebsstätte den gesundheitlichen Erfordernissen entspricht.

(6) Gegen die Entscheidung des Landeshauptmannes steht dem betroffenen Dentisten und, wenn die Entscheidung nicht im Sinne ihres fristgerecht abgegebenen Gutachtens [Abs. (2)] erfolgt ist, auch dem Österreichischen Dentistenverband und der zuständigen Ärztekammer die Berufung an das Bundesministerium für soziale Verwaltung offen.

Verwendung von Dentistenassistenten, Dentistenpraktikanten und zahntechnischen Laboranten.

§ 8. Die zur selbständigen Berufsausübung berechtigten Dentisten dürfen bis zu drei Dentistenassistenten, Technikerassistenten und Dentistenpraktikanten [§ 5, Abs. (1)] beschäftigen. Die selbständigen Dentisten können Dentistenassistenten unter ihrer Aufsicht und Verantwortung die im § 2, lit. a, angeführten Verrichtungen im menschlichen Munde vornehmen lassen.

§ 9. (1) Ärzte, die sich ausschließlich mit der zahnärztlichen Praxis befassen, und Dentisten dürfen zur Besorgung technisch-mechanischer Arbeiten (Herstellung von Kronen, Brücken und Gebissen) zahntechnische Laboranten beschäftigen.

(2) Die Tätigkeit der zahntechnischen Laboranten ist eine unselbständige und darf von Zahnärzten und Dentisten nur innerhalb ihrer Betriebsstätte und für ihren eigenen Bedarf beschränkt in Anspruch genommen werden.

Aufrechterhaltung erworbener Rechte.

§ 10. (1) Die einem Dentisten erteilte Niederlassungsgenehmigung ist ein persönliches Recht, das mit dem Tode des Berechtigten erlischt.

(2) Die Rechte der Witwen und der erbberechtigten minderjährigen Deszendenten, welche sich auf die vor dem Inkrafttreten des Zahntechnikergesetzes in Geltung gestandenen gewerberechtlichen Bestimmungen gründen, bleiben unberührt. Doch ist zur Ausübung der Befugnis ein den Erfordernissen der §§ 3 bis 4 entsprechender Stellvertreter zu bestellen. Für die Bestellung des Stellvertreters gelten die Bestimmungen des § 6, Abs. (3), sinngemäß.

Zurücknahme der Berechtigung.

§ 11. Der Landeshauptmann hat die Befugnis zur Ausübung der Zahntechnik sowie die Genehmigung zur Niederlassung als Dentist zurückzunehmen und den über die Anerkennung als Dentist ausgestellten Ausweis einzuziehen, wenn der Dentist den Voraussetzungen, unter denen die Niederlassungsgenehmigung erteilt oder die Befugnis zur Ausübung der Zahntechnik verliehen worden ist (§ 4), nicht mehr entspricht. Vor einer solchen Verfügung ist ein Gutachten des Österreichischen Dentistenverbandes einzuholen.

Vorläufige Untersagung der Berufsausübung.

§ 12. (1) Der Landeshauptmann (Bürgermeister der Stadt Wien) kann in Wahrung des öffentlichen Wohles Dentisten, gegen die ein Antrag auf Entmündigung wegen Geisteskrankheit, Geistesschwäche oder gewohnheitsmäßigen Mißbrauches von Alkohol (Trunksucht) oder von Nervengiften gestellt wurde, ferner Dentisten, gegen die wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche von Amts wegen ein Entmündigungsverfahren oder wegen grober Verfehlungen bei der Ausübung des Dentistenberufes, die mit gerichtlicher oder Verwaltungsstrafe bedroht sind, ein Strafverfahren eingeleitet wurde, bei Gefahr im Verzug die Ausübung des Dentistenberufes bis zum rechtskräftigen Abschluß des Entmündigungs- oder Strafverfahrens untersagen.

(2) Wenn ein Entmündigungs- oder Strafverfahren noch nicht eingeleitet ist, jedoch ein Sachverhalt vorliegt, der die Einleitung eines solchen Verfahrens rechtfertigen würde, kann der Landeshauptmann dem Dentisten die Ausübung des Berufes untersagen. Der Bescheid tritt jedenfalls mit dem rechtskräftigen Abschluß des nachträglich eingeleiteten Entmündigungs- oder Strafverfahrens außer Wirksamkeit.

(3) Die Gerichte sind verpflichtet, dem Landeshauptmann sowie dem Österreichischen Dentistenverband die Anträge auf Entmündigung sowie die amtswegige Einleitung von Entmündigungs-

verfahren gegen Dentisten unverweilt bekanntzugeben. Ebenso sind die Verwaltungsbehörden verpflichtet, dem Landeshauptmann Anzeigen wegen der in Abs. (1) angegebenen groben Verfehlungen und die von Amts wegen eingeleiteten Strafverfahren unverweilt zur Kenntnis zu bringen. Auch die Staatsanwaltschaften (staatsanwalt-schaftlichen Organe bei den Bezirksgerichten) haben derartige Anzeigen, wenn sie unmittelbar bei ihnen erstattet wurden, dem Landeshauptmann mitzuteilen.

(4) Vor der Untersagung nach Abs. (1) und (2) ist der Österreichische Dentistenverband (Landes-geschäftsstelle) zu hören. Die Untersagung ist ihm in jedem Falle mitzuteilen.

Ausbildung der Dentisten.

§ 13. (1) Die Ausbildung der Dentisten und der zahn-technischen Laboranten wird durch ein eigenes Bundesgesetz geregelt.

(2) Bis zur Erlassung des im Abs. (1) angeführten Bundesgesetzes bleiben die vor Inkraft-treten dieses Bundesgesetzes für die Ausbildung von Dentisten erlassenen Vorschriften mit der Maßgabe in Geltung, daß

- a) die Dentistenassistentenprüfung in Hin-kunft als Technikerassistentenprüfung zu bezeichnen ist,
- b) Personen, die die unter lit. a angeführte Prüfung mit Erfolg abgelegt haben, nun-mehr als Technikerassistenten und
- c) Personen, die die staatliche Dentisten-prüfung mit Erfolg abgelegt haben als Dentistenassistenten zu bezeichnen sind.

§ 14. (1) Die vor dem 1. Jänner 1948 zur Er-lernung des Dentistenberufes abgeschlossenen Ausbildungsverträge bleiben in Kraft. Auf solche Verträge finden die Bestimmungen der §§ 99 b, Abs. (1) bis (4), 100, Abs. (1) bis (4), 101, 103 und 104, Abs. (6), der Gewerbeordnung sinngemäß Anwendung. Im übrigen sind diese Verträge nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag zu beur-teilen.

(2) Innerhalb der ersten drei Monate nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes können diese Verträge seitens der Dentistenpraktikanten ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden.

§ 15. Abgesehen von den in Ausbildung stehen-den Pesonen (§ 13) finden auf das Dienstverhältnis von Personen, welche von den zur zahnärztlichen Praxis berechtigten Ärzten und Dentisten mit Niederlassungsgenehmigung zur Leistung dentisti-scher Arbeiten angestellt sind, die Bestimmungen des Angestelltengesetzes vom 11. Mai 1921, B. G. Bl. Nr. 292, Anwendung.

Meldepflicht.

§ 16. Die Zahnärzte und Dentisten mit Nieder-lassungsgenehmigung sind verpflichtet, binnen

zwei Wochen nach Inkrafttreten dieses Bundes-gesetzes die bei ihnen zur Leistung dentistischer Arbeiten angestellten Personen sowie alle sich später ergebenden Veränderungen binnen drei Tagen nach Ein- oder Austritt solcher Personen der Bezirksverwaltungsbehörde anzumelden.

§ 17. (1) Die Betriebsstätten der selbständigen Dentisten sind mindestens einmal im Jahre einer Überprüfung zu unterziehen, ob sie den gesund-heitlichen Anforderungen entsprechen.

(2) Die Überprüfung ist von der Bezirks-verwaltungsbehörde vorzunehmen. Der Öster-reichische Dentistenverband ist berechtigt, zu jeder Überprüfung einen Vertreter zu entsenden, der dem Berufsstand der Dentisten angehört.

II. Abschnitt.

Standesvertretung.

§ 18. (1) Zur Vertretung der selbständig er-werbstätigen Dentisten wird eine Standes-vertretung der Dentisten mit der Bezeichnung „Österreichischer Dentistenverband“ in Wien mit Landesgeschäftsstellen für die Bundesländer er-richtet.

(2) Der „Österreichische Dentistenverband“, in der Folge kurz Dentistenverband genannt, ist eine Körperschaft öffentlichen Rechtes. Er ist berech-tigt, das Bundeswappen mit der Aufschrift „Österreichischer Dentistenverband“ zu führen. Die Landesgeschäftsstellen haben in die Aufschrift einen auf ihren Wirkungskreis hinweisenden Zu-satz aufzunehmen.

Wirkungskreis.

§ 19. (1) Der Dentistenverband ist berufen, die gemeinsamen beruflichen, sozialen und wirtschaft-lichen Interessen der österreichischen Dentisten wahrzunehmen und zu fördern, die Erfüllung der Berufspflichten zu überwachen und für die Wahrung der Standesehre zu sorgen.

(2) Der Dentistenverband ist, abgesehen von den in besonderen Vorschriften den Standes-vertretungen übertragenen Aufgaben, insbeson-dere berufen:

- a) den Behörden Berichte, Gutachten und Vor-schläge, betreffend die Ausbildung und fach-liche Fortbildung der Dentisten sowie alle sonstigen Angelegenheiten zu erstatten, in denen die Interessen der Dentisten berührt werden,
- b) Verzeichnisse der zur selbständigen Berufs-ausübung berechtigten Dentisten (Dentisten-register) zu führen,
- c) über Aufforderung Vertreter in andere Körperschaften und Stellen zu entsenden oder für solche Körperschaften Besetzungs-vorschläge zu erstatten, sofern dies durch besondere Gesetze oder Vorschriften vor-gesehen ist,

- d) in Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Dentistenverbandes zu vermitteln,
- e) gemeinsame wirtschaftliche Einrichtungen, Wohlfahrts- und Unterstützungseinrichtungen für die Mitglieder des Dentistenverbandes und ihre Hinterbliebenen zu errichten, zu betreiben und zu fördern,
- f) die für die dentistische Leistung berechneten Vergütungen zu überprüfen,
- g) Verträge zur Regelung der Beziehungen der Dentisten zu den Trägern der Sozialversicherung (Verbände) abzuschließen,
- h) Bestätigungen über die Eintragung in das Dentistenregister auszustellen.

(3) Der Dentistenverband hat alljährlich bis spätestens Ende April dem Bundesministerium für soziale Verwaltung Bericht sowie Vorschläge zur Behebung wahrgenommener Mängel zu erstatten.

Verhältnis zu Behörden, Kammern und Trägern der Sozialversicherung.

§ 20. (1) Die Behörden, Kammern und sonstige zur Vertretung von Standesinteressen berufene Körperschaften öffentlichen Rechtes sowie die Träger der Sozialversicherung haben innerhalb ihres Wirkungsbereiches dem Dentistenverband auf Verlangen die zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten erforderlichen Auskünfte zu erteilen und sie in ihrer Wirksamkeit zu unterstützen. Zu dem gleichen Verhalten ist der Dentistenverband gegenüber den vorgenannten Behörden, Körperschaften und sonstigen Stellen verpflichtet.

(2) Gesetzentwürfe, die Interessen berühren, deren Vertretung dem Dentistenverband zukommt, sind vor ihrer Einbringung in die gesetzgebende Körperschaft, besonders wichtige Verordnungen (Kundmachungen), die die erwähnten Interessen und Fragen berühren, vor ihrer Erlassung dem Dentistenverband unter Einräumung einer angemessenen Frist zur Begutachtung zu übermitteln.

Mitglieder.

§ 21. (1) Dem Dentistenverband gehören alle gemäß § 3 dieses Bundesgesetzes zur selbständigen Ausübung des Dentistenberufes berechtigten Personen an, sofern sie diesen Beruf tatsächlich ausüben.

(2) Solche Personen haben sich vor Aufnahme ihrer Berufstätigkeit persönlich unter Vorlage der ihre Berechtigung nachweisenden Belege bei der Landesgeschäftsstelle anzumelden, in deren Bereich sie ihren Beruf auszuüben beabsichtigen. Die Landesgeschäftsstellen haben beglaubigte Abschriften dieser Belege dem Dentistenverband in Wien zur zentralen Führung eines Dentistenregisters zu übermitteln.

(3) Die Mitgliedschaft erlischt, wenn das Mitglied aus welchen Gründen immer aus dem Dentistenberuf ausscheidet. In diesem Falle sind die Eintragungen im Dentistenregister entsprechend richtigzustellen.

Pflichten und Rechte der Mitglieder.

§ 22. Alle Mitglieder sind verpflichtet, die vom Dentistenverband im Rahmen seines gesetzlichen Wirkungskreises getroffenen Anordnungen zu befolgen sowie die in der Beitragsordnung festgesetzten Beiträge zu leisten.

§ 23. (1) Die Mitglieder sind berechtigt, nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes den Vorstand zu wählen.

(2) Die Mitglieder können nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes zu Vorstandsmitgliedern gewählt werden.

(3) Jedes Mitglied genießt den Anspruch auf die Wahrung seiner beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen durch den Dentistenverband und hat Anspruch auf den Genuß der Wohlfahrtseinrichtungen nach Maßgabe der jeweils hiefür geltenden Bestimmungen.

Satzung und Geschäftsordnung.

§ 24. (1) Nähere Bestimmungen über die Einrichtung und den Wirkungsbereich des Dentistenverbandes und seiner Organe werden im Rahmen dieses Bundesgesetzes durch Satzung getroffen.

(2) Die Geschäftsführung des Dentistenverbandes wird durch eine Geschäftsordnung geregelt.

(3) Die Aufbringung der Mittel wird durch eine Beitragsordnung geregelt.

Organe des Dentistenverbandes.

§ 25. Organe des Dentistenverbandes sind:

- a) die Hauptversammlung,
- b) der Vorstand,
- c) der Präsident und der Vizepräsident,
- d) die Landesgeschäftsstellen.

Hauptversammlung.

§ 26. (1) Die Hauptversammlung setzt sich aus den wahlberechtigten Mitgliedern des Dentistenverbandes zusammen.

(2) In der Satzung kann angeordnet werden, daß die Besorgung der der Hauptversammlung zugewiesenen Angelegenheiten einer Delegiertenversammlung überlassen werden kann. In diesem Falle ist in der Satzung die Zahl der Delegierten zu bestimmen und ihre Wahl unter Bedachtnahme der in § 28 angeführten Grundsätze zu regeln.

(3) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Präsident oder sein Stellvertreter [§ 29, Abs. (1)].

(4) Die Hauptversammlung ist mindestens einmal im Jahre einzuberufen. Sie faßt ihre Beschlüsse, betreffend die Festsetzung der Satzung der Geschäftsordnung, der Dienstordnung oder Beitragsordnung sowie hinsichtlich der Antragstellung wegen Änderung der Wahlordnung mit Zweidrittelmehrheit, sonst mit einfacher Mehrheit der Anwesenden. Der Vorsitzende stimmt nur bei Stimmengleichheit mit; in diesem Falle gibt seine Stimme den Ausschlag. Die Hauptversammlung ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden oder seinem Stellvertreter mindestens ein Drittel der wahlberechtigten Mitglieder anwesend ist. Ist die Hauptversammlung beschlußunfähig geblieben, so sind die erschienenen Stimmberechtigten nach Ablauf einer Wartestunde berechtigt, über die vorliegende Tagesordnung gültig zu beraten und zu beschließen.

(5) Über Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder ist innerhalb von 14 Tagen eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen. Zur Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung ist auch der Präsident sowie der Vorstand berechtigt.

(6) Zum Wirkungskreis der Hauptversammlung gehört insbesondere:

- a) die Festsetzung der Satzung, einer Geschäftsordnung, einer Beitragsordnung;
- b) die Beschlußfassung über Anträge zur Änderung der das Wahlverfahren regelnden Verordnung;
- c) die Genehmigung des Jahresvoranschlages und des Rechnungsabschlusses;
- d) die Errichtung und Förderung gemeinsamer wirtschaftlicher Einrichtungen sowie von Wohlfahrts- und Unterstützungseinrichtungen;
- e) die Beschlußfassung über Rahmenverträge mit den Sozialversicherungsträgern.

§ 27. (1) Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, seinem Stellvertreter und 17 weiteren Mitgliedern.

(2) Der Präsident vertritt den Dentistenverband nach außen und leitet nach Maßgabe der Geschäftsordnung die gesamte Geschäftsführung. Er führt den Vorsitz im Vorstand.

(3) Von den 17 weiteren Mitgliedern [Abs. (1)] werden aus dem Bundesland Wien fünf, aus dem Bundesland Niederösterreich drei, aus den Bundesländern Oberösterreich und Steiermark je zwei und aus den übrigen Bundesländern je ein Vertreter entsendet.

(4) Die Beschlüsse des Vorstandes werden, soweit dieses Bundesgesetz oder die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt, mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei gleichgeteilten Stimmen gilt jene Meinung als angenommen, für welche der den Vorsitz führende Präsident (Vizepräsident) gestimmt hat.

(5) In den Wirkungskreis des Vorstandes fallen alle Angelegenheiten, die durch dieses Bundesgesetz oder durch die Satzung keinem anderen Organ ausdrücklich zugewiesen sind. In der Satzung ist die Bildung eines geschäftsführenden Ausschusses des Vorstandes und dessen Wirkungskreis zu regeln.

§ 28. (1) Die Vorstandsmitglieder werden auf die Dauer von fünf Jahren auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechtes der Wahlberechtigten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

(2) Jedes Bundesland bildet in der Regel einen Wahlkreis; doch können auch mehrere Bundesländer zu einem Wahlkreis vereinigt werden.

(3) Wahlberechtigt sind alle im Wahlkreis ihren Beruf ausübenden selbständigen Dentisten (§ 8), sofern sie das Wahlrecht zum Nationalrat besitzen oder ihnen das aktive Wahlrecht nicht entzogen wurde [§ 33, Abs. (2)].

(4) Wählbar sind alle wahlberechtigten Mitglieder, die am Tage der Wahlausschreibung das 24. Lebensjahr überschritten haben.

(5) Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren, insbesondere über die Ausschreibung der Wahlen, die Erfassung und Verzeichnung der Wahlberechtigten, die Wahlbehörden, die Wahlbewerbung, das Abstimmungs- und Ermittlungsverfahren sowie über die Einberufung der gewählten Vorstandsmitglieder werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung im Verordnungswege erlassen.

§ 29. (1) Die gemäß § 28 gewählten Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte in zwei gesonderten Wahlgängen zuerst den Präsidenten und sodann den Vizepräsidenten. Als gewählt ist anzusehen, der mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Kommt diese Stimmenmehrheit nicht zustande, so ist eine engere Wahl durchzuführen. Bei der engeren Wahl dürfen sich die Wählenden nur auf jene zwei Personen beschränken, die bei der ersten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben. Ergab die erste Abstimmung Stimmengleichheit, so entscheidet über die Frage, wer in die engere Wahl einzubeziehen ist, das Los. Stimmen, die bei der engeren Wahl für andere Personen abgegeben werden, sind ungültig. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

(2) Scheidet der Präsident oder der Vizepräsident aus, so hat der Vorstand unter Beobachtung der im § 28, Abs. (1), festgesetzten Grundsätze bis zur Neuwahl des Präsidenten oder des Vizepräsidenten, eines seiner Mitglieder zum geschäftsführenden Präsidenten zu wählen. Die Neuwahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten hat binnen vier Wochen zu erfolgen.

(3) Die näheren Bestimmungen über das Wahlverfahren sowie über die Einberufung der gewählten Vorstandsmitglieder werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung im Verordnungswege erlassen.

§ 30. Den Landesgeschäftsstellen obliegt die Besorgung jener Geschäfte des Dentistenverbandes, die sich nur auf den Wirkungsbereich eines Bundeslandes beziehen. Nähere Bestimmungen über den Wirkungsbereich der Landesgeschäftsstellen und ihre Zusammensetzung werden durch die Satzung getroffen.

Verschwiegenheitspflicht.

§ 31. Alle Organe und das gesamte Personal des Dentistenverbandes sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen aus ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet. Von dieser Verpflichtung kann sie das Bundesministerium für soziale Verwaltung über Verlangen eines Gerichtes oder einer sonstigen Behörde entbinden.

Deckung der Kosten.

§ 32. (1) Der Vorstand hat alljährlich bis längstens 15. November einen Jahresvoranschlag für das nächste Jahr aufzustellen.

(2) Zur Bestreitung seiner Auslagen hebt der Dentistenverband von seinen Mitgliedern Beiträge ein, die im Verwaltungswege eingebracht werden können. Die näheren Vorschriften über die Höhe und Einhebung werden durch eine Beitragsordnung erlassen (§ 24, Abs. (3)).

(3) Der Vorstand hat alljährlich bis längstens 31. März den Rechnungsabschluß für das Vorjahr den von ihm bestellten Rechnungsprüfern behufs Weitervorlage an die Hauptversammlung vorzulegen.

Schlichtungsverfahren.

§ 33. (1) Die selbständigen Dentisten sind verpflichtet, alle sich zwischen ihnen bei Ausübung des Dentistenberufes ergebenden Streitigkeiten vor Einbringung einer gerichtlichen Klage dem Dentistenverbande vorzulegen.

(2) Nähere Bestimmungen hierüber, insbesondere über eine Mitwirkung der Landesgeschäftsstellen, werden vom Dentistenverband in einer eigenen Schlichtungsordnung getroffen. Die Schlichtungsordnung unterliegt der Genehmigung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

Aufsicht.

§ 34. (1) Der Dentistenverband untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

(2) Die Satzung (§ 24, Abs. (1)), die Geschäftsordnung (§ 24, Abs. (2)), die Beitragsordnung (§ 24, Abs. (3)), der Jahresvoranschlag und der

Rechnungsabschluß (§ 26, Abs. (6), lit. c) unterliegen der Genehmigung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

(3) Das Bundesministerium für soziale Verwaltung kann Beschlüsse der Organe des Dentistenverbandes, die gegen bestehende Vorschriften verstoßen, aufheben.

(4) Der Vorstand kann durch Verfügung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung aufgelöst werden, wenn er seine Aufgaben vernachlässigt, seine Befugnisse überschreitet oder wenn er trotz zweimaliger ordentlicher Einberufung beschlußunfähig bleibt.

(5) Bei Auflösung des Vorstandes nach Abs. (1) und für den Fall, daß der Vorstand seine Auflösung selbst beschließt, ist die Ausschreibung der Neuwahlen längstens innerhalb dreier Monate vorzunehmen. In der Zwischenzeit werden die Geschäfte durch einen vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zu bestellenden Regierungskommissär geführt, dem ein zweigliedriger Beirat aus dem Kreise der Mitglieder des Dentistenverbandes an die Seite zu stellen ist.

III. Abschnitt.

Straf- und Übergangsbestimmungen.

§ 35. Übertretungen der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der auf Grund desselben ergangenen Verordnungen werden, sofern die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit strengeren Strafen bedroht werden, als Verwaltungsübertretungen von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geld bis zu 5000 S oder mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft.

§ 36. (1) Bis zur Errichtung der in den §§ 18 bis 34 vorgesehenen Ständesvertretung bleibt die bei Geltungsbeginn dieses Bundesgesetzes bestehende vorläufige Ständesvertretung der Dentisten mit der Vertretung der Interessen der Dentisten beauftragt.

(2) Die Rechte und Verbindlichkeiten der bisherigen vorläufigen Ständesvertretung einschließlich solcher, die sich aus der Auseinandersetzung mit dem Reichsverband der Deutschen Dentisten (e. V.) und der Kassendentistischen Vereinigung Deutschlands ergeben, gehen mit dem Zeitpunkte seiner Errichtung auf den Dentistenverband über. Die Berichtigung des Grundbuches hat auf Antrag der Ständesvertretung der Dentisten unter Vorlage eines vom Bundesministerium für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Justiz auszustellenden Zeugnisses zu erfolgen, in dem bestätigt wird, daß das bürgerliche Recht im Sinne dieses Bundesgesetzes auf sie übergegangen ist.

(3) Der Übergang der Vermögenswerte sowie alle diesbezüglichen Rechtsgeschäfte, Rechtsurkunden, Amtshandlungen und Schriften sind

von den Stempel- und Rechtsgebühren befreit. Das gleiche gilt für den sonstigen Schriftwechsel der Standesvertretung mit den öffentlichen Behörden und Ämtern; im gerichtlichen Verfahren gelten jedoch die Vorschriften der Gerichtsgebührennovelle samt den dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen.

§ 37. Mit dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes treten außer Kraft:

1. Das Gesetz vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 326, betreffend die Regelung der Zahntechnik (Zahntechnikergesetz);

2. das Gesetz vom 1. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 470, betreffend die Abänderung des § 4, Abs. (4), des Gesetzes vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 326, über die Regelung der Zahn-technik (Zahntechnikergesetz);

3. das Bundesgesetz vom 15. April 1921, B. G. Bl. Nr. 255, betreffend die Abänderung, beziehungsweise Ergänzung des § 5, Abs. (2), des Gesetzes vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 326, über die Regelung der Zahntechnik (Zahn-technikergesetz);

4. die Verordnung der Bundesregierung vom 27. April 1922, B. G. Bl. Nr. 275, betreffend die Regelung der Zahntechnik im Burgenland (Zahntechnikerverordnung);

5. der Artikel 38 des Bundesgesetzes vom 21. Juli 1925, B. G. Bl. Nr. 277, über die Vereinfachung der Verwaltungsgesetze und sonstige Maßnahmen zur Entlastung der Verwaltungsbehörden (Verwaltungsentlastungsgesetz V. E. G.);

6. die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 14. Februar 1921,

B. G. Bl. Nr. 107, über die Schaffung einer Interessenvertretung des zahntechnischen Hilfspersonals;

7. die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 20. November 1926, B. G. Bl. Nr. 352, womit die Bestimmungen des § 1 der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 3. Mai 1924, B. G. Bl. Nr. 149, betreffend die Standesvertretung der befugten Zahntechniker, abgeändert werden;

8. die Verordnung über die Niederlassung von Dentisten vom 8. Mai 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 795;

9. die Verordnung über die Kassendentistische Vereinigung Deutschlands vom 30. Dezember 1940, Deutsches R. G. Bl. I S. 1656;

10. die Verordnung über die Berufsausübung der Dentisten in den Reichsgauen der Ostmark vom 5. März 1941, Deutsches R. G. Bl. I S. 122;

11. die Verordnung zur Sicherstellung der zahnheilkundlichen Versorgung der Bevölkerung vom 5. September 1942, Deutsches R. G. Bl. I S. 547, sowie

12. sämtliche zur Ausführung des § 123 der RVO. ergangenen Runderlässe des Reichsministers des Inneren mit Ausnahme derjenigen, die die Ausbildung der Dentisten regeln (§ 11), außer Kraft.

§ 38. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für soziale Verwaltung, in Angelegenheiten des gerichtlichen Strafrechtswesens (§ 12, Abs. (3)) und Zivilrechtswesens (§ 36, Abs. (2)) das Bundesministerium für Justiz je im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien betraut.

Erläuternde Bemerkungen.

A. Allgemeines.

I. Historische Entwicklung des Zahntechnikerwesens.

Im Zusammenhange mit der Ausübung der Zahnheilkunde durch akademisch ausgebildete Zahnärzte hatte sich nicht nur in Österreich, sondern in fast allen Staaten Europas zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein eigener Berufsstand, der Berufsstand der Zahntechniker, zu entwickeln begonnen. Bei den Zahnärzten wurden nämlich schon sehr bald für die Durchführung der rein technisch-mechanischen Arbeiten zur Herstellung künstlicher Zähne und von Bestandteilen von Zahnersatzstücken Hilfskräfte beschäftigt, die vorerst aus dem Goldarbeiterhandwerke und dem Mechanikergewerbe stammten. In der Folge wurden aber auch andere Personen nach einer entsprechenden Ausbildung von den Zahnärzten zur Durchführung solcher rein technischen Arbeiten herangezogen. Diese Hilfskräfte waren jedoch bemüht, sich selbständig zu machen und diese Arbeiten als selbständiges Gewerbe auszuüben. Es ist dann auch später ohneweiters möglich geworden, von den Gewerbebehörden solche Gewerberechtigungen zu erlangen, da eine gesetzliche Regelung hiefür noch nicht bestanden hat. Erst auf die Vorstellungen der Zahnärzte ist es den Gewerbebehörden durch das Hofkanzleidekret vom 14. September 1842 (n.ö. Provinzial-Gesetzes-Sammlung Nr. 109, S. 241) untersagt worden, selbständige Konzessionen zur Verfertigung künstlicher Zähne und Gebisse an bloße Techniker zu erteilen. Dieses Hofkanzleidekret ist dann durch die Ministerialverordnung vom 25. Februar 1849, R. G. Bl. Nr. 141, neuerlich in Kraft gesetzt worden. Aber mit Inkrafttreten der mittels kaiserlichen Patentens vom 20. Dezember 1859, R. G. Bl. Nr. 227, erlassenen Gewerbeordnung am 1. Mai 1860 ist dann doch ein selbständiges Gewerbe der Zahntechniker geschaffen worden, doch war dieses Gewerbe ein handwerksmäßiges und der Gewerbeinhaber durfte keinerlei Vorrichtungen im menschlichen Munde vornehmen. Es lag wohl in der engen Verbundenheit der Zahntechnik mit der Zahnheilkunde, daß die Zahntechniker mit ihrer Tätigkeit nicht im Rahmen

des durch Gesetz gezogenen Aufgabenkreises verblieben und wiederholt auch Vorrichtungen an Zahnkranken vorgenommen haben, die ausschließlich dem Zahnarzte vorbehalten waren. Eine solche Vorrichtung war beispielsweise das Anpassen der künstlichen Zähne und Gebisse im menschlichen Munde. Die Bestrebungen der Zahntechniker nach einem solch erweiterten Umfang ihrer Tätigkeit wurden durch die damals herrschende Meinung noch unterstützt, daß die Zahnbehandlung nicht als die Behandlung einer Krankheit anzusehen sei. Das Ministerium für Inneres hat sich daher veranlaßt gesehen, unterm 17. November 1869, Z. 14.219 (Z. f. V. 1869, Nr. 48, S. 491) zu entscheiden, daß Zahnoperationen, die durch einen Zahntechniker ausgeführt wurden, als Kurpfuscherei anzusehen sind. Da die Übergriffe der Zahntechniker auf dem Gebiete der Zahnheilkunde auch in der Folge trotz wiederholter neuerlich erlassener Verbote nicht aufhörten, suchte die Regierung diesem Zustande ein Ende zu bereiten. Das Handelsministerium erließ daher im Einvernehmen mit dem Innenministerium die Verordnung vom 20. März 1892, R. G. Bl. Nr. 55, betreffend die Einreihung des Zahntechnikergewerbes unter die konzessionierten Gewerbe, und band damit dieses Gewerbe an einen Befähigungsnachweis (drei Jahre Lehrzeit und sechs Jahre Gehilfenzeit) sowie an den Lokalbedarf; anderseits aber wurde den Zahntechnikern das Abdrucknehmen und das Anpassen der Ersatzstücke im vollkommen gesunden menschlichen Munde gestattet. Damit waren jedoch die Zahntechniker noch nicht am Ende ihrer Bestrebungen angelangt. Sie versuchten vielmehr noch weitere zahnärztliche Befugnisse zu erreichen und vor allem die Loslösung des Zahntechnikerberufes von der Heilkunde durchzusetzen. Diesem gewiß ungesunden Zustand ein Ziel zu setzen, entschloß sich die Regierung bereits im Jahre 1901 eine endgültige gesetzliche Regelung des Zahntechnikerwesens durchzuführen, doch war es erst nach Beendigung des ersten Weltkrieges der Nationalversammlung vorbehalten, eine entsprechende Regelung der Zahntechnik zu treffen.

II. Das Zahntechnikergesetz.

Die Regelung des Zahntechnikerwesens ist in der ersten österreichischen Republik mit dem Zahntechnikergesetz vom 13. Juli 1920, St. G. Bl. Nr. 326, in der Fassung der Gesetze vom 1. Oktober 1920, St. G. Bl. Nr. 470, und vom 15. April 1921, B. G. Bl. Nr. 255, einer nach der damals bestandenen Absicht endgültigen Lösung zugeführt worden.

Im Zahntechnikergesetz selbst wurde die Zahntechnik als Bestandteil der Zahnheilkunde anerkannt und mit Ausnahme der gewerbsmäßigen Herstellung künstlicher Zähne von den Bestimmungen der Gewerbeordnung ausgenommen. In den §§ 1 und 5 des genannten Gesetzes ist weiters festgelegt worden, daß die Zahntechnik, die zur Herstellung von Zahnersatzstücken für den Gebrauch im menschlichen Munde und zur Ausbesserung solcher Ersatzstücke erforderlichen technisch-mechanischen Arbeiten sowie weitere genau festgelegte Tätigkeiten umfaßt. Der Stand der befugten Zahntechniker, der zwar auf Grund der bisher erteilten Berechtigungen weiter anerkannt wurde, konnte sich jedoch nicht mehr erneuern und sollte in absehbarer Zeit zu bestehen aufhören, weil nach den für die Erlangung der Befugnis festgelegten Bedingungen (§ 4 Zahntechnikergesetz) ein weiterer Zuwachs von berechtigten Personen künftighin ausgeschlossen worden ist. Dafür sind damals den Zahntechnikern in Abweichung von dem bis dahin geltenden Grundsatz, die Ausübung der ärztlichen Praxis nur promovierten Ärzten vorzubehalten, zu ihren bisherigen Rechten eine Reihe von Zugeständnissen hinsichtlich der Zahnbehandlung gemacht worden, wie beispielsweise die Anwendung heftig wirkender Mittel unter gewissen Einschränkungen, Entfernung von Zähnen und Wurzeln und einige Zugeständnisse mehr (§ 5 Zahntechnikergesetz).

Soweit die Regelung des Zahntechnikerwesens in Österreich, die eine für Zahnärzte und Zahntechniker in gleicher Weise befriedigende Lösung dargestellt und sich im allgemeinen bestens bewährt hat.

III. Einführung reichsrechtlicher Vorschriften auf dem Gebiete des Zahntechnikerwesens.

Mit der deutschen Besetzung Österreichs ist auf dem Gebiete des Zahntechnikerwesens jedoch eine entscheidende Änderung vorgenommen worden. Das Zahntechnikergesetz selbst ist wohl weiter in Geltung geblieben, doch sind gerade die wichtigsten Bestimmungen über die Definition der Zahntechnik und damit über den Tätigkeitsbereich der bisherigen befugten Zahntechniker sowie die Bestimmungen über die Erteilung der Befugnis durch Einführung reichsrechtlicher Vorschriften außer Kraft

gesetzt und die Berufssperre für Zahntechniker aufgehoben worden.

Denn nach Inkraftsetzung der Deutschen Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911 (Deutsches R. G. Bl. I S. 509) im Lande Österreich hat mit 1. Jänner 1939 auch die Bestimmung des § 123 RVO. Geltung erlangt, die besagt, daß bei Zahnkrankheiten mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten mit Zustimmung des Versicherten die Behandlung auch von Zahntechnikern durchgeführt werden kann. Hiemit hat der Tätigkeitsbereich der österreichischen befugten Zahntechniker eine erkleckliche Erweiterung insofern erfahren, als die österreichischen befugten Zahntechniker nunmehr zur Vornahme von Verrichtungen im menschlichen Munde bei allen Zahnkrankheiten mit Ausnahme von Mund- und Kieferkrankheiten ohne die Beschränkungen des Zahntechnikergesetzes (§ 5) berechtigt wurden.

In den vom Reichsminister des Innern am 25. November 1939 erlassenen Ausführungsbestimmungen zu § 123 RVO. sind Vorschriften über die Zulassung zur staatlichen Dentistenprüfung und Anerkennung als Dentist im Sinne der Reichsversicherungsordnung enthalten, die für Österreich eine tatsächliche Aufhebung der im Zahntechnikergesetz verfügten Berufssperre [§ 4, Abs. (2), des Zahntechnikergesetzes] bedeuten. Darnach ist es nämlich jedem deutschen Staatsbürger, also auch dem Österreicher, ohneweiters wieder möglich geworden, sich dem Zahntechniker-, beziehungsweise dem Dentistenberufe zuzuwenden und sich nach Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen als Dentist (befugter Zahntechniker) niederzulassen.

Der Ausbildungsgang eines sich dem Dentistenberuf zuwendenden Österreichers war demnach folgender:

1. **Dentistenpraktikant:** Nach Abschluß eines Ausbildungsvertrages mit einem staatlich anerkannten Dentisten (befugter Zahntechniker) und einer ordnungsmäßigen dreijährigen Ausbildung bei einem solchen Dentisten nach den Richtlinien des Reichsverbandes deutscher Dentisten (dreijährige praktische Ausbildung bei einem solchen Dentisten, parallel laufende theoretische Ausbildung am Lehrinstitut für Dentisten);

2. **Dentistenassistent:** Nach erfolgreich abgelegter Dentistenassistentenprüfung im Anschluß an die dreijährige praktische und theoretische Ausbildung als Dentistenpraktikant;

3. die Zulassung zur staatlichen Dentistenprüfung für den Dentistenassistenten ist frühestens möglich nach Ableistung einer zweijährigen Dentistenassistententätigkeit (analog einer zweijährigen Gehilfenzeit) und nach regelmäßigem Besuch des Lehrinstitutes für Dentisten durch ein Jahr;

4. nach erfolgreich abgelegter staatlicher Dentistenprüfung kann die Genehmigung zur selbständigen Ausübung des Dentistenberufes nur in Verbindung mit einer Bescheinigung über eine einjährige Tätigkeit als Dentistenassistent (Mundbehandlung) erteilt werden.

Die Minstdauer der Ausbildung für Dentisten bis zur selbständigen Berufsausübung beträgt nach den Ausführungsbestimmungen mindestens sieben Jahre.

Auf Grund der in den Ausführungsbestimmungen zu § 123 RVO. (Rd.Erl. d. RMdI. vom 2. Jänner 1942, IV d 1 42-3680 [RMBliV. S. 1471]) enthaltenen Übergangsvorschriften für die Ostmark (§ 13) haben alle österreichischen befugten Zahntechniker mit Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen die Berufsbezeichnung „Dentist“ zu führen. Weiters erhielten nicht nur alle diejenigen Personen, die die Bedingungen für die Erteilung der Befugnis als Zahntechniker bereits erfüllt hatten, die Möglichkeit, bis 31. Dezember 1940 um die Erteilung der Befugnis anzusuchen, sondern konnten auch Personen, die nach Wirksamkeitsbeginn des Zahntechnikergesetzes am 31. Oktober 1920 — also bereits nach Inkrafttreten der Berufssperre für Zahntechniker — eine Berufsausbildung als Zahntechniker (zahntechnische Hilfskraft gem. § 11 des Zahntechnikergesetzes) begonnen hatten, unter gewissen Voraussetzungen in den Ausbildungsgang für Dentisten mit dem Ziele eintreten, nach Besuch kurzfristiger Lehrgänge und erfolgreicher Ablegung der staatlichen Dentistenprüfung um die Niederlassung als Dentist einzukommen.

Dieser geänderte Rechtszustand auf dem Gebiet des Zahntechnikerwesens erfuhr durch die Verordnung über die Berufsausübung der Dentisten in den Reichsgauen der Ostmark vom 5. März 1941 (Deutsches R. G. Bl. I S. 122) eine neuerliche Unterstreichung. In dieser Verordnung werden expressis verbis die §§ 1, 5, 6 und 7, Absatz (1) und (5), des Zahntechnikergesetzes aufgehoben und ausgesprochen, daß der Anerkennung als Dentist im Sinne des § 123 RVO. eine Befugnis zur Ausübung der Zahntechnik nach den früheren Bestimmungen gleichzuhalten ist.

B. Gesetzliche Neuregelung des Dentistenberufes.

Mit der durch das Bundesgesetz vom 18. Juni 1947, B. G. Bl. Nr. 151, eingeleiteten Wiederherstellung des österreichischen Rechtes auf dem Gebiete des Gesundheitswesens erweist sich aber eine den österreichischen Verhältnissen entsprechende Neuregelung des Dentistenwesens um so notwendiger, als infolge des gleichzeitigen Bestehens österreichischer Vorschriften aus früherer Zeit und der während der nationalsozialistischen Herrschaft ein-

geführten reichsrechtlichen Vorschriften eine unklare Rechtslage entstanden ist. Die österreichische Gesetzgebung hat keinen Anlaß, von dem Standpunkt abzugehen, von dem sie im Zahntechnikergesetz, St. G. Bl. Nr. 326/1920, ausgegangen ist, nämlich diesen Zweig der Zahnheilkunde als selbständigen Beruf nur für eine Übergangszeit aufrechtzuerhalten. Dies um so mehr, als auch die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse auf dem Gebiete der Zahnheilkunde eine gründliche wissenschaftliche und praktische Ausbildung des modernen Zahnbehandlers erfordern. Diesen Erkenntnissen Rechnung tragend, hat man in den meisten Staaten der Welt — vor allem in Italien, Frankreich, England und Amerika — schon vor längerer Zeit begonnen, die Ausübung der Zahnheilkunde akademisch graduieren Ärzten, die für diese Fachrichtung eigens ausgebildet sind, vorzubehalten.

Im vorliegenden Entwurf ist daher für Personen, die die Berechtigung zur Ausübung des Dentistenberufes bereits erlangt haben oder sich schon in vorgeschrittener Berufsausbildung befinden, die Möglichkeit vorgesehen, den Beruf weiterhin auszuüben, beziehungsweise die Berufsausbildung zu beenden und zur selbständigen Berufsausübung in Hinkunft zugelassen zu werden. Ein weiterer Zuzug zu diesem Beruf soll aber gesperrt werden. Hierbei ließ sich der Entwurf von der Erwägung leiten, daß österreichische Staatsbürger — und nur solche —, die bereits die Befugnis nach dem Zahntechnikergesetz oder die Anerkennung und Niederlassungsbewilligung nach den reichsrechtlichen Vorschriften erlangt haben, den Beruf weiter ausüben, und Personen, die sich diesem Beruf im Vertrauen auf die in Österreich eingeführten reichsrechtlichen Vorschriften zugewendet haben, die Berufsausbildung fortsetzen und die Berechtigung zur selbständigen Ausübung des Dentistenberufes erlangen können (§§ 3 bis 5 des Entwurfes). Das Bundesministerium für soziale Verwaltung glaubt hierbei davon ausgehen zu müssen, daß mit einer bloßen Wiederherstellung des Zahntechnikergesetzes, St. G. Bl. Nr. 326/1920, und seiner punktweisen Abänderung den einschneidenden Änderungen nicht entsprechend Rechnung getragen werden könnte, die durch die reichsrechtlichen Vorschriften herbeigeführt worden sind. Was die Berufsbezeichnung anbelangt, so hat sich die Bezeichnung „Dentist“ hierzulande bereits vollkommen eingebürgert, sie ist wegen ihrer Kürze der schwerfälligen Bezeichnung (befugter Zahntechniker) entschieden vorzuziehen, eine Verwechslungsfähigkeit in Österreich besteht nicht; auch sprechen gesetzestechnische Gründe für die Einheitlichkeit des Ausdruckes, an der aber nicht festgehalten werden könnte, da sich der Gesetzentwurf ja gerade mit dem reichsrechtlichen Begriff des Dentisten befassen muß (siehe § 6 des Entwurfes).

12!

Nachdem die Ausbildung des hiefür in Betracht kommenden eingetragten Personenkreises bereits nach den reichsrechtlichen Vorschriften im Gange ist und in absehbarer Zeit ohnehin ihr Ende finden wird, besteht zunächst kein Anlaß zu einer Änderung der Ausbildungsvorschriften. Doch wird für den Fall, als sich die Notwendigkeit einer Abänderung der bisher in Geltung befindlichen Ausbildungsvorschriften ergeben sollte, eine gesetzliche Regelung der Materie vorgesehen. Schließlich waren im Gesetze die grundsätzlichen Bestimmungen für eine Standesvertretung aufzunehmen (II. Abschnitt, §§ 18 bis 35), die nähere

Regelung, insbesondere die Wahlordnung, war jedoch zweckmäßigerweise dem Verordnungswege zu überlassen (§ 28, Absatz (5)). Im III. Abschnitt waren die notwendigen Strafbestimmungen und im Hinblick auf die umfassende Neuordnung auch die früheren österreichischen sowie alle reichsrechtlichen Vorschriften, mit Ausnahme der die Ausbildung der Dentisten regelnden, außer Kraft zu setzen. Überdies waren hinsichtlich der Überleitung der Vermögensschaften der bisherigen Standesvertretungen auf die neu zu errichtende Standesvertretung entsprechende Vorkehrungen zu treffen (§ 36).